

Beteiligung Frankreichs durchgeführten – Potsdamer Konferenz hinsichtlich der deutschen Westgrenzen weckten in den Besatzungszonen starkes Misstrauen, wurden jedoch von den anderen Alliierten letztlich nicht beantwortet. Erst die territoriale Neugliederung des Saarlandes durch die Besatzungsmacht rief heftige politische Proteste hervor – vor allem im Rheinland und in der Pfalz, auf deren Kosten die Erweiterung des unmittelbar angrenzenden saarländischen Territoriums erfolgte. Das Misstrauen verstärkte sich, als sowohl das Saarland wie auch die anderen Länder der französischen Besatzungszone ihre Teilnahme an der letztlich gescheiterten Münchner Ministerpräsidentenkonferenz im Mai 1947 absagten. Argwöhnischen Widerstand weckte außerdem die wachsende Unterstützung innerhalb des Saarlandes für eine Abtrennung des Gebietes von Deutschland.

Frühe Konzepte für eine deutsche Saarpolitik entwickelte das 1947 gegründete Stuttgarter Büro für Friedensfragen. Mit Gustav Strohm wurde hier eine Persönlichkeit tätig, die vor 1935 als stellvertretender Referatsleiter der Saarabteilung im Auswärtigen Amt erheblichen Einfluss auf die Saarpolitik besessen hatte. Vor allem aber verfügte Strohm über gute Beziehungen ins Saarland. Die Tätigkeit des Stuttgarter Büros umfasste nicht nur die Dokumentation der französischen Saarpolitik, den Entwurf eigener politischer Konzeptionen und eine gezielte Pressepolitik, sondern betrieb gerade auch die Reaktivierung dieser alten Kontakte. Die dort erarbeiteten politischen Konzeptionen blieben jedoch zumindest anfangs weitgehend wirkungslos – so zum Beispiel Vorschläge für eine vertragliche Lösung der Saarfrage mit dem Sonderstatus wirtschaftlicher und außenhandelspolitischer Angliederung an Frankreich bei gleichzeitiger politischer Orientierung hin nach Deutschland.

Vor allem in den Reihen den Sozialdemokraten wurden die Konflikte um eine zukünftige deutsche Saarpolitik mit unmittelbarer öffentlicher Wirkung ausgetragen. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) lehnte akzeptierte den sich abzeichnenden Sonderweg der saarländischen Genossen unter Richard Kirn praktisch von Beginn an ab. Das Eintreten für die Unteilbarkeit Deutschlands brachte bereits früh heftige, auch persönlich ausgetragene Konflikte zwischen den saarländischen und den deutschen Protagonisten der Partei, die im Juni 1947 zur Spaltung führten.

Mit der Gründung der Bundesrepublik gestaltete sich die Saarfrage aus westdeutscher Sicht noch schwieriger und unangenehmer. Der überwiegend negative Eindruck, den die französische Politik auf internationaler Ebene hinterließ, wurde in westdeutschen Kommentaren aufgegriffen, und schon einzelne französische Maßnahmen erregten starken öffentlichen Widerspruch. Insbesondere die mögliche politische Abtrennung der Saar von Deutschland wurde lebhaft diskutiert und scharf kritisiert.

So war das politische Gewicht der Saarfrage größer als ihre wirtschaftlichen Implikationen. Denn abgesehen von der Regelung der Reparationszahlungen richteten